



Öffentliche Bekanntmachung

Auskunftssperren und Übermittlungssperren nach dem Bundesmeldegesetz

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Ordnungsamt / Standesamt und Bürgerbüro, darf aufgrund der Bestimmungen des Bundesmeldegesetzes aus dem Melderegister Auskünfte erteilen und Daten übermitteln, u. a. an

1. Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften, denen man nicht selbst, aber Familienmitglieder angehören (§ 42 Abs. 2 und Abs. 3 BMG),
2. Parteien, andere Träger von Wahlvorschlägen und Wählergruppen im Zusammenhang mit Wahlen zum Deutschen Bundestag, Europäischen Parlament, mit Landtags- und Kommunalwahlen, mit Ausländerbeiratswahlen sowie für Abstimmungen, Bürger- und Volksbegehren in den sechs der Wahl bzw. Abstimmung vorausgehenden Monaten (§ 50 Abs. 1 und Abs. 5 BMG)
3. Mitglieder gewählter staatlicher oder kommunaler Vertretungskörperschaften, Presse und Rundfunk über Alters- und Ehejubiläen (§ 50 Abs. 2 und Abs. 5 BMG),
4. Adressbuchverlage (§ 50 Abs. 3 und Abs. 5 BMG).

Wir weisen darauf hin, dass die an die Adressbuchverlage übermittelten Daten nicht nur in gedruckten, sondern auch in elektronischen Verzeichnissen mit den damit verbundenen vielfältigen Auswertungs- und Verknüpfungsmöglichkeiten erscheinen können.

Aus Gründen des Datenschutzes haben die betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner das Recht, der Weitergabe ihrer Daten ohne Angabe von Gründen zu widersprechen. Die Mitteilung über die gewünschte Einrichtung einer Übermittlungssperre kann online über das Bürgerservice - Portal der Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgen. Zudem ist eine formlose schriftliche Information an das Ordnungsamt / Standesamt und Bürgerbüro, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden ausreichend. Es sollte hierbei angegeben werden, ob sich der Widerspruch nur gegen einzelne oder alle möglichen Sachverhalte richtet (Vordruck im Internet unter www.wiesbaden.de).

Ebenfalls widersprochen werden kann gemäß § 36 Abs. 2 BMG der Datenübermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung für die Personalwerbung der Bundeswehr. Diese erhält Namen und Anschriften von deutschen Staatsangehörigen, die im Folgejahr volljährig werden. Diese Daten dürfen nur zur Übersendung von Informationsmaterial verwendet werden.

Darüber hinaus kann auch eine Sperre von Melderegisterauskünften beantragt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass hieraus eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Belange erwachsen könnten. Der Antrag ist über den Digitalen Briefkasten unter www.wiesbaden.de oder schriftlich mit Begründung ebenfalls beim Ordnungsamt / Standesamt und Bürgerbüro, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden, einzureichen. Nachweise sind beizufügen.

Wiesbaden, 19. März 2024

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Ordnungsamt
Standesamt und Bürgerbüro
Im Auftrag

Veronika Claus